

## Aspekte zur sozialpolitischen Lage der deutschen Arbeiterklasse 1933

Im Hintergrund der politischen Geschichte der Jahre 1929 bis 1933 stand alles beherrschend die Weltwirtschaftskrise, die innerhalb von drei Jahren das Nationaleinkommen um fast 40 % verringerte, ein Drittel der arbeitenden Bevölkerung erwerbslos machte und die öffentlichen Finanzen und das Bankensystem an den Rand des Zusammenbruchs führte.

Die Entmachtung der Arbeiterbewegung im Gefolge der Weltwirtschaftskrise enthält eine sozial- und wirtschaftshistorische Dimension, die für ein Verständnis des relativ leichten politischen Sieges des Faschismus (sog. „Nationalsozialismus“) wie auch der Sozialgeschichte des „Dritten Reiches“ von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Im Durchschnitt des Jahres 1933 waren 40 % aller männlichen Industriearbeiter arbeitslos, dagegen nur 22 % der Arbeiter im öffentlichen Dienst, 15 % der Landarbeiter und 13 % der Angestellten. Das System der staatlichen Arbeitslosenversicherung brach zusammen. Die Arbeitslosen wurden in zunehmendem Maße aus dem Versicherungssystem in die verschiedenen Fürsorgeeinrichtungen „ausgesteuert“, von denen sie weniger Unterhaltszahlungen bezogen und nur auf Grund einer Bedürftigkeitsprüfung. -

Von den 5,8 Millionen Arbeitslosen, die im Dezember 1932 bei den Arbeitsämtern gemeldet waren, erhielten 1,3 Millionen keine Unterstützung; zu ihnen müßte die auf über 1 Million geschätzte Zahl der sog. „unsichtbaren“ Arbeitslosen hinzugerechnet werden, meistens Frauen, die sich nicht mehr meldeten. Von den übrigen (4,5 Millionen) Arbeitslosen kamen weniger als 18 % (0,8 Mio.) die volle Versicherungsleistung, 29 % (1,3 Mio.) wurden von der staatlichen Krisenfürsorge unterstützt, und über die Hälfte (ca. 2,3 Mio.) war schon aus beiden staatlichen Systemen ausgesteuert worden und musste von der Unterstützung der Bezirksfürsorgeverbände leben. **Von den über 7. Millionen Arbeitslosen bekamen nur die 792.000 Hauptunterstützungsempfänger (etwa 11 %) in der Arbeitslosenversicherung genügend Geld für einen knappen Lebensunterhalt.**

Von den 12,4 Millionen, die im Dezember 1932 noch beschäftigt waren, hatten mindestens 2 Millionen nur noch stark verkürzte Arbeitszeiten. Auch die durchschnittliche Arbeitszeit blieb in den Jahren 1931 und 1932 in den meisten Industriezweigen unter 7 Stunden. Aufgrund dieser Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt sowie der Lohnabbaumaßnahmen der Regierung (unter Brüning) sanken die nominellen Löhne wesentlich schneller als die Lebenshaltungskosten. Die Berechnung des Statistischen Reichsamtes ergab zwischen 1930 und 1933 eine Verringerung des *Realeinkommens* pro Kopf der Beschäftigten (einschließlich des Bürgertums) um 10 %. Die Entwicklung der *Realeinkommen* bei den Arbeitern wurde noch ungünstiger geschätzt. Sie dürfte eher 15 % und mehr entsprechen; hinzu kam die Erhöhung der Abzüge für Steuern und Versicherungsbeiträge um etwa 3 % des Bruttolohnes. **Viele Arbeiter gaben sich – um einer Entlassung auszuweichen – mit Löhnen (zwangsweise) zufrieden, die die tariflichen Mindestsätze gesetzwidrig unterschritten.** Ein Indiz der Verarmung bildet die Verbrauchsstatistik: **Während die Lebenshaltungskosten von 1929 bis 1933 um etwa 26 % zurückgingen, fielen die Einzelhandelsumsätze bei Lebensmitteln im Vergleichszeitraum um etwa 30 % und bei Bekleidung und Wohnbedarf um rund 40 %.** Der Tabakverbrauch reduzierte sich um über 15 % und der Bierkonsum um fast 45 %. -

**Die Erhaltung des Arbeitsplatzes verlangte größere Anstrengungen als je zuvor; die Arbeiter befanden sich wegen der drohenden Entlassungen in einer (ungebrochenen) Konkurrenzsituation zueinander.** Die Folge war eine Steigerung der Produktivität, z. B. im Steinkohlebergbau. **Das Los der Werktätigen war eine fortschreitende Verelendung, Hunger, Angst und Hoffnungslosigkeit. Die Arbeiterklasse war das erste Opfer des (zeitweiligen) Totenkampfes eines (offensichtlich) unkontrollierbaren, gegen ihren Interessen und Bedürfnissen indifferenten Wirtschaftssystems.**

Die Krise des Systems hatte Folgen für das politische Klassenverhältnis. Die erste war der **Substanzverlust der Gewerkschaften.** Die Arbeitslosigkeit war in denjenigen Industriezweigen am höchsten, die am besten organisiert waren. Die metallverarbeitende Industrie wies 1932 fast 1 Million Arbeitslose auf, der Bergbau, die Textil- und Bekleidungsindustrie und das Baugewerbe jeweils über 200.000. **1932 waren fast zwei Drittel aller Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos oder zu Kurzarbeit verurteilt.** Die Folgen für die finanzielle und organisatorische Stärke der Gewerkschaften waren verheerend. **Die Massenarbeitslosigkeit nahm den Gewerkschaften ihre wesentliche Funktion: Sie konnten die Interessen ihrer Gewerkschaftsmitglieder nicht mehr vertreten. Ihre Macht, den Prozess der Verelendung aufzuhalten, war außerordentlich beschränkt. Ihre wichtigsten Machtmittel in Verhandlungen mit den Unternehmerverbänden waren, wie die Statistik der Arbeitskämpfe und ihrer Ergebnisse belegt, nicht mehr vorhanden.** -

In einem Fall von Bedeutung ist es der Gewerkschaftsbewegung noch gelungen, effektiven Widerstand im lohnpolitischen Bereich zu leisten: von Papens Versuch, **auf Drängen der Industrie den bindenden Charakter der Tarifverträge aufzuheben** und die Unterschreitungen der tariflichen Mindestsätze gesetzlich zuzulassen, **scheiterte an einer Reihe von Proteststreiks** und wurde drei Monate später von der Regierung Schleicher rückgängig gemacht. **Das blieb aber eine Ausnahme.** Die Gewerkschaften mussten Entlassungen, Lohnherabsetzungen, Kurzarbeit, Neuorganisation der Produktion usw. zum größten Teil hinnehmen. Ihre Forderung, die vorhandene Arbeit auf möglichst viele Arbeiter zu verteilen, wurde als unrentabel abgelehnt. -

**Das Unvermögen der Gewerkschaften, die materiellen Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten, ihre Funktions- und Hilflosigkeit – angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung – erklären die politische Kopflosigkeit der Gewerkschaftsführungen zwischen Juli 1932 und Mai 1933.** -

**Die Angst von leitenden Gewerkschaftsfunktionären, dass angesichts der Not und der Massenarbeitslosigkeit ein politischer Generalstreik in einer (chaotischen) Niederlage enden würde, bezeugt zugleich einen wenig kämpferischen Geist.** Doch war die Angst vor einer Niederlage keineswegs grundlos. Dass die Gewerkschaftsmitglieder geschlossen bereit sein würden, ihre Arbeitsplätze aufs Spiel zu setzen, konnte nicht vorausgesetzt werden, vor allem nicht bei den Arbeitern in den öffentlichen Verwaltungen und Verkehrsbetrieben. **Zudem herrschte nicht gerade Mangel an potenziellen Streikbrechern.**

Die Weltwirtschaftskrise bewirkte eine Stärkung der Hausmacht der Unternehmer. Sie kam der Stellung der Industrie im Rahmen des kapitalistisch-imperialistischen Herrschaftssystems zugute – auf Kosten der Arbeiterbewegung. Als Folge der Krise entwickelte sich eine engere gegenseitige Abhängigkeit zwischen Staat und Wirtschaft. **Die Ausrichtung der (staatsmonopolistischen) Wirtschaftspolitik wurde zum entscheidenden Faktor für die**

**Zukunft der Industrie, deren politische Aktivität gesteigert wurde.**  
[Ein modifizierter Auszug.]

**Vgl.: Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft.** Von Timothy W. Mason. Westdeutscher Verlag 1977.

12.05.2014, Reinhold Schramm

